

Direktzahlungen und Liberalisierung: Das Bundesamt für Landwirtschaft ist auf dem falschen Kurs

SALS- Schweiz lehnt den programmierten Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion und eine zusätzliche Ökologisierung ab. Damit die Konzepte der Ernährungssouveränität und sicherere Selbstversorgung umgesetzt werden können, müssen Rahmenbedingungen ausgearbeitet werden welche die landwirtschaftliche Produktion unterstützen.

Trotz manchen parlamentarischen Interventionen, die den Status der Landwirtschaft im Rahmen der Globalisierung und Liberalisierung der Märkte stärken wollen, hält der Bundesrat am Abschluss eines Freihandelsabkommens mit der EU fest. Dieser Wille wird vom BLW im Konzept zur Weiterentwicklung der Direktzahlungen umgesetzt. So soll den Betrieben ein Anpassungsbeitrag, gemäss einer historischen Basis, ausgeschüttet werden. Diese Beträge sollen dann konstant zurückgehen. Die Informationen des BLW betreffend dieser Entwicklung sind vage, was die die Planungsunsicherheit in der Landwirtschaft erhöht.

Bis 2017, sieht das BLW eine massive Abnahme der Raufutterverzehrer vor. Somit soll eine Extensivierung der Landwirtschaft gefördert werden. Um den Produktionsrückgang der Schweizer Landwirtschaft zu kompensieren, soll die Liberalisierung der Agrarmärkte mit einem EU Agrarfreihandelsabkommen, die fehlenden Schweizer Nahrungsmittel durch ausländische Produkte ersetzen.

Für SALS- Schweiz, die sich für eine produzierende Landwirtschaft einsetzt, ist das Konzept so nicht akzeptabel. Es müssen Anpassungen erfolgen, die es erlauben den Willen des Parlamentes betreffend Ernährungssouveränität und Selbstversorgung umzusetzen. Angesichts der zunehmenden Spekulationen auf den Agrarmärkten und den Lehren die aus der Finanzkrise gezogen werden müssen, ist es eine Illusion die Nahrungsmittelversorgung der Schweiz alleine mit der hohen Kaufkraft sicherstellen zu wollen.

■ **Medienmitteilung SALS-Schweiz**
03. Dezember 2010